

Danziger Zeitung.



Nr. 18941.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-geplattete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Juni.

Ein freiconservativer Politiker über die Zollsuspenion.

Nach der Erklärung, welche der Reichskanzler v. Caprivi am 1. Juni über die Nichtsuspenion der Getreidezölle abgegeben hat, war es bekanntlich die „Kreuzig.“, die mit bemerkenswertem Scharfum es aussprach, daß die Freunde der Getreidezölle gar keine Ursache hätten, über die Caprivi'sche Erklärung sich zu freuen, weil dieselbe den Gegnern der Getreidezölle unerfreulich erscheine. Die „Kreuzig.“ hatte sofort herausgefunden, daß die Regierung sich bei ihrer Entschließung nicht durch Rücksichten auf die Agrarier, sondern durch Erwägungen zu Gunsten der Handelsverträge habe leiten lassen und die Handelsverträge sind der „Kreuzig.“ ein Dorn im Auge. Jetzt veröffentlicht ein freiconservativer Politiker, Dr. Hans Delbrück, der freilich, seitdem er dem Reichstage nicht mehr angehört, eine gewisse Unabhängigkeit von der Parteischablone an den Tag gelegt hat, in einem Münchener Blatte, welches zwischen den national-liberalen und der freisinnigen Partei steht, den „Neuesten Nachrichten“, einen Artikel über die Caprivi'sche Erklärung, dessen Ausführungen sich mit denen der liberalen Kreise in den meisten Punkten decken, obgleich Herr Hans Delbrück im Jahre 1887 für die Erhöhung der Getreidezölle auf 5 Mk. gestimmt hat. Herr Delbrück ist also kein Gegner der Getreidezölle, aber auch kein Gegner des Handelsvertrages mit Österreich. Er nimmt zwar mit Befriedigung davon Ahi, daß der Reichskanzler in seiner Erklärung vom 1. Juni und in Privatgesprächen mit Mitgliedern des Abgeordnetenhauses die Rücksichten auf den Handelsvertrag für ausschlaggebend erklärt hat, aber er beantwortet die Frage, ob das Zustandekommen der Verträge durch eine Suspension der Getreidezölle gefährdet werden würde, nicht in derselben Weise wie Herr v. Caprivi, obgleich er zugibt, daß die Regierung für ihre Auffassung gute Gründe haben möge. Er führt also aus:

„Auch nach wiederoberter forscher Prüfung der Gründe des Herrn Reichskanzlers muß ich dabei bleiben, den Entschluß für einen Fehler zu halten oder zum wenigsten, wenn man wirklich den Hauptgrund für Herrn v. Caprivi (die Rücksicht auf die Handelsverträge) für durchschlagend halten will, für ein uns vom Sachthal auferlegtes Unglück.“

„Ein Staat kann Getreidezölle auf eigene Hand machen und muß diese im Falle der Theuerung suspendiren. Das bestreitet auch die Agrarier nicht. Ein Staat kann aber nicht die Getreidezölle bei Handelsverträgen als Compensationsojecte benützen, wenn er ihnen nicht die Elastizität nimmt und ihnen eine gewisse stabile Härte giebt. Der Handelsvertrag mit Österreich ist zwar abgeschlossen, aber noch nicht von den Parlamenten genehmigt. Die österreichische Regierung würde gegenüber der Opposition ihrer Industrie in der Volksvertretung einen schweren Stand bekommen, wenn man ihr mit einem gewissen Schein des Rechtes entgegenhalten könnte, daß die deutsche Regierung die Getreidezölle ohnehin nicht festhalte. Unsere Regierung stand also vor der Wahl, entweder die momentane Erleichterung durch die Suspension zu verweigern, oder den dauernden Gewinn des ganzen Systems der Handelsverträge zu gefährden. Da hat sie das Dauernde dem Vorübergehenden vorgezogen. Auch sobald es freilich der Meinung, daß der Schaden der Nicht-Suspension überaus groß ist und daß es wohl hätte möglich sein müssen, der österreichischen Volksvertretung begreiflich zu machen, daß eine Suspension auf acht Wochen keineswegs eine Erschütterung der Getreidezölle bedeutet. Aber ich muß doch zugeben, daß es sehr schwer ist, hier Vorheit und Nachteil, Gewinn und Gefahr genau gegen einander abzuwägen. Das Vorgehen der Regierung zeigt auf jeden Fall eine Entschlossenheit, die als solche Anerkennung verdient, da sie nicht aus Connivenz gegen irgend ein Interesse (benn die Agrarier waren ja gar nicht gegen die Suspension), sondern aus dem unbeirrten Löschhalten auf ein großes wirtschaftliches und politisches Ziel entsprungen ist. Dieses Motto wird auch bei denen, die mit der Sache selbst nicht einverstanden sind, den Unmut mildern und damit den moralischen Schaden der Nichtsuspenion sehr verringern. Denn das ist klar: wäre der Entschluß aus reinen agrarischen Interessen-Politik, trotz des Lucius'schen Versprechens von 1887 entsprungen, so wäre es unverantwortlich.“

Was Delbrück's gewiß sehr richtige Bemerkung anlangt, daß eine Suspension der Zölle auf acht Wochen dem Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn, in welchem eine Herabsetzung der Zölle für die Dauer von 12 Jahren verabredet ist, nicht gefährlich gewesen sein würde, so ist dabei freilich übersehen, daß Herr v. Caprivi eine solche Annahme auch gar nicht ausgesprochen hat. Im Gegenteil, der Reichskanzler erklärte, eine kurze Suspension sei deshalb nicht wünschenswerth, weil dieselbe den Brodpries gar nicht oder nur ganz unwesentlich — um 1 Pfennig per Pfund herabdrücken würde. Eine so kurze Suspension würde nur den Getreidehändlern, Bäckern u. s. m. zu Gute gekommen sein. Darüber läuft sich jedoch nichts streiten. Selbst in freisinnigen Kreisen wird vielfach zugegeben, daß es zu einer erheblichen Minderung der Brodpries einer Suspension der Zölle für längere Zeit bedürfe. Eine solche würde es voraussichtlich der österreichischen Regierung außerordentlich erschweren, die Erhöhung der deutschen Getreidezölle von 5 auf 3,50 Mk. als ein erhebliches Jugesstandnis darzustellen, welches die Herabsetzung der österreichischen Industriezölle zu Gunsten der deutschen Einfuhr zu rechtfertigen im Stande sei. Herr Delbrück kommt zu dem Ergebnis, daß Getreidezölle überhaupt als Compensationsoject bei Handelsverträgen nur dann verwendbar seien, wenn sie einen dauernden Charakter, oder, wie er sich ausdrückt, eine stabile Härte haben. Mit anderen Worten: Getreidezölle taugen nicht zu Compensationen in Handelsverträgen, weil sie in Theuerungszeiten

suspendiert werden müssen, und das ist sehr richtig. In diesem Punkte ist Herr Delbrück aber anderer Ansicht als die sonstigen Freunde der Getreidezölle, die von einer Suspension bei hohen Preisen nichts wissen wollen. Herr v. Caprivi steht offenbar im Prinzip der Auffassung Delbrück's näher. Er hält jedoch die Handelsverträge für so wichtig, daß er sich nicht hat entschließen können, die Suspensionsregelung der Zölle eintreten zu lassen. Zweifellos aber hat der Reichskanzler dabei nicht den einen Weg für gut, den anderen für schlecht angesehen, er hat von zwei Uebeln dasjenige gewählt, welches er nach Lage der Dinge für das kleinere halten zu können glaubt.

Ob die Regierung bei dieser Entschließung das Richtige getroffen hat, wird in letzter Instanz von dem Ausfall der Ernte in Deutschland und in den Produktionsländern abhängen und dabei werden nicht sachverständige Gutachten, sondern die Witterungseinflüsse die Hauptrolle spielen. Diese Situation hat der Reichskanzler gelegenlich in halb ironischer Weise gekennzeichnet, indem er darauf hinweist, daß er jetzt wieder von Amts wegen zum Studium der Meteorologie verpflichtet sei. Erfreuliche Beobachtungen wird er dabei in der letzten Zeit nicht gemacht haben.

Was aber auch die gegenwärtige Lage gebietet, was auch die Witterung uns bringen möge: Die Grundsicherung wird und muß bis zur völligen Erreichung des Ziels auch fernerhin heißen: Fort mit den Brodpriesen überhaupt!

Das Scheitern des Wildschadengesetzes.

Die Verständigung über das Wildschadengesetz, welches am Freitag zur Beratung im Abgeordnetenhaus kommen soll, ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, gescheitert. Bekanntlich war der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Entwurf von dem nicht agrarischen Theil des Centrums unter Führung des Abg. Conrad beantragt worden.

Das Herrenhaus hat einen ganz neuen, den Waldbesitzern ungleich günstigeren Entwurf aufgestellt. Einer Verständigung im Abgeordnetenhaus mühte nothwendiger Weise eine solche im Centrum selbst vorausgegangen. Diese ist aber gescheitert. Herr Conrad und seine Gesinnungsgenossen halten an den früheren Beschlüssen fest, während die Agrarier im Centrum der Annahme des Herrenhausbewerbs geneigt sind. Die empörenden Ungerechtigkeiten auf diesem Gebiete bleiben also nach wie vor bestehen und werden wahrscheinlich auch nicht früher verschwinden, bis nicht das Volk eine anders zusammengesetzte Volksvertretung gewählt haben wird.

suspendiert werden müssen, und das ist sehr richtig. In diesem Punkte ist Herr Delbrück aber anderer Ansicht als die sonstigen Freunde der Getreidezölle, die von einer Suspension bei hohen Preisen nichts wissen wollen. Herr v. Caprivi steht offenbar im Prinzip der Auffassung Delbrück's näher. Er hält jedoch die Handelsverträge für so wichtig, daß er sich nicht hat entschließen können, die Suspensionsregelung der Zölle eintreten zu lassen. Zweifellos aber hat der Reichskanzler dabei nicht den einen Weg für gut, den anderen für schlecht angesehen, er hat von zwei Uebeln dasjenige gewählt, welches er nach Lage der Dinge für das kleinere halten zu können glaubt.

Ob die Regierung bei dieser Entschließung das Richtige getroffen hat, wird in letzter Instanz von dem Ausfall der Ernte in Deutschland und in den Produktionsländern abhängen und dabei werden nicht sachverständige Gutachten, sondern die Witterungseinflüsse die Hauptrolle spielen. Diese Situation hat der Reichskanzler gelegenlich in halb ironischer Weise gekennzeichnet, indem er darauf hinweist, daß er jetzt wieder von Amts wegen zum Studium der Meteorologie verpflichtet sei. Erfreuliche Beobachtungen wird er dabei in der letzten Zeit nicht gemacht haben.

Was aber auch die gegenwärtige Lage gebietet, was auch die Witterung uns bringen möge: Die Grundsicherung wird und muß bis zur völligen Erreichung des Ziels auch fernerhin heißen: Fort mit den Brodpriesen überhaupt!

Das Scheitern des Wildschadengesetzes.

Die Verständigung über das Wildschadengesetz, welches am Freitag zur Beratung im Abgeordnetenhaus kommen soll, ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, gescheitert. Bekanntlich war der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Entwurf von dem nicht agrarischen Theil des Centrums unter Führung des Abg. Conrad beantragt worden. Das Herrenhaus hat einen ganz neuen, den Waldbesitzern ungleich günstigeren Entwurf aufgestellt. Einer Verständigung im Abgeordnetenhaus mühte nothwendiger Weise eine solche im Centrum selbst vorausgegangen. Diese ist aber gescheitert. Herr Conrad und seine Gesinnungsgenossen halten an den früheren Beschlüssen fest, während die Agrarier im Centrum der Annahme des Herrenhausbewerbs geneigt sind. Die empörenden Ungerechtigkeiten auf diesem Gebiete bleiben also nach wie vor bestehen und werden wahrscheinlich auch nicht früher verschwinden, bis nicht das Volk eine anders zusammengesetzte Volksvertretung gewählt haben wird.

Handwerker-Conferenz.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Dauer der am heutigen Tage im Reichsamt des Innern zusammengetretenen Handwerker-Conferenz ist auf 8 Tage berechnet. Seitens der Regierung sind die 21 Handwerkervertreter (darunter die bekannten Jäger, Biehl-München, Fahlhauer-Köln, Ed. Schmidt-Hamburg) widerspruchlos angenommen worden. Dagegen meldet die „Volks-Ztg.“, die Conferenz sei einzutreffen verschoben worden, weil Regierungsrath Wilhelm andersweitig beschäftigt sei. Die „Volks-Ztg.“ meint, der Grund des Aufschubs liege an der Tagesordnung. Die Herren Jäger hätten mit ihren 16 Beratungsgesellschaften ihre Ziele in gar zu ungeschminkter Weise offen gelegt, so daß der Handelsminister v. Berlepsch in Übereinstimmung mit Herrn v. Bötticher die Verantwortlichkeit nicht einmal für die an die Conferenz sich knüpfenden Hoffnungen, geschweige denn für die naturgemäß sich entwickelnde Agitation übernehmen zu können glaubt. Der „Reichsanz.“ erwähnt die Conferenz nicht.

Die Ausnahmegesetze für Wien.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Gesamministeriums vom 8. d. M. durch welche die für die Gerichtsprüfung Wien, Arnreutburg und Wiener Neustadt im Jahre 1884 getroffenen Ausnahmeverfügungen mit dem gestrigen Tage teilweise aufgehoben worden sind. Demnach treten die Bestimmungen über die Vornahme von Haussuchungen, die Beschlagnahme von Briefen, ferner betreffend die Vereine, Versammlungen, Druckschriften und Verhaftungen ohne richterlichen Befehl außer Wirkksamkeit. Dagegen bleiben die auf Grund des Ausnahmegesetzes erfolgten Ausweisungen aufrecht, infolfern nicht den Ausgewiesenen in jedem einzelnen Falle die Rückkehr bewilligt wird.

Zum Strike der Londoner Omnibus-Kutscher
geht uns aus London vom 8. Juni folgende nähere Schilderung zu:

„Tiefste Stille, unheimliche, fast tragische Ruhe herrschte heute Morgen in den Straßen der englischen Metropole, in welcher sonst ein in der ganzen Welt nicht übertraffener Dienstverkehr pulsirt. Das Fehlen des beliebtesten Londoner Verkehrsmitteles, des Bus, machte sich erst heute Montag den Hunderttausenden und Millionen der Bevölkerung in empfindlicher Weise bemerkbar und zwar schmerzlich bemerkbar. Mit Ausnahme einiger „Piraten“ war in ganz London kein Omnibus zu sehen. Vom frühen Morgen an patrouillirten die Ausständischen vor den verschiedenen Stallungen der beiden Gesellschaften auf und ab und verhinderten dadurch nicht allein das Auslaufen der Wagen, sondern auch das Engagement der wenigen „schwarzen Schafe“, welche den verzweifelten Ehrgeiz hatten, sie erschlagen zu wollen. Das Verhalten der Ausständischen ist in hohem Grade musterhaft und gibt der zahlreich aufgebotenen Polizei keinerlei Veranlassung zum Einschreiten. In den meisten Fällen erschienen die Pferdepuher in den Stallungen, um mit Erlaubniß der Patrouillen

die Pferde zu tränken und zu säubern — ein menschlicher Zug, welcher, wenn das überhaupt noch möglich wäre, den Angefeindeten der Gesellschaften die Sympathie des großen Publikums noch höherem Maße zu föhren scheint. Ein Drittel nach 9 Uhr entstand im Strand lebhafte Aufruhr, als ein Omnibus der Generalomnibusgesellschaft in der Erinnerung auftrat. Auf demselben befanden sich 5 Polizisten, von denen einer als Aufsicht fungirte, und in ihm einige, wahrscheinlich jedoch zu diesem Zweck angemommene Fahrgäste. Der Wagen sollte jedoch nicht weit kommen. Von der Menge mit Zischen und Verwünschungen begrüßt, mußte er an der Ecke von Chancery Lane Halt machen, wo zahlreiche Patrouillen von Ausständischen ihn umschlossen und zum Umkehren zwangen. Unter den Anwesenden war wiederum John Burns zu bemerken, welcher mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit und Rede für die Sache der Streikenden eintritt. Wann der Aufstand sein Ende nehmen wird, läßt sich einstweilen nicht voraus sagen. Es ist jedoch nicht unmöglich, daß die auf heute anberaumte Conferenz zwischen den Directoren und den Leitern der Bewegung den Weg zu einem glücklichen Ausgleich anbahnen werden.“

Die zuletzt ausgedrückte Erwartung ist indessen unerfüllt geblieben. Einer telegraphischen Meldung von gestern folge verhalten sich die ausständigen Omnibusbediensteten den Vergleichsvorschlägen der Gesellschaftsleitung gegenüber ablehnend und sind gewillt, den Strike fortzuführen.

Der Fortbestand der französischen Ausstellung in Moskau

wurde durch die Flucht des Pariser Bankiers Jouanno, der die Ausstellung finanziert hatte, in Frage gestellt. Jetzt ist indessen, wie die „Frank. Ztg.“ meldet, den Finanzen der Ausstellung durch einen neuen, vom Senator Leisserenc de Bort gesammelten Garantiefonds aufgeholfen worden. Lebriq. berichtet in Petersburg, wie der „Röhl. Ztg.“ geschrieben wird, nach dem eben erst erfolgten Kaiserbesuch der abermalige Ausstellungskandal doppelt peinlich. Das kaiserliche Paar war den Ausstellern gegenüber ungemein liebenswürdig. Man erzählt, der Kaiser habe beim Betreten des Pavillons des Kriegsministeriums, auf die hübsch zusammengestellten französischen Soldatengruppen hinweisend, zur Kaiserin gesagt: „Ce sont nos amis.“ Der Kaiser kaufte den Franzosen für 1 700 000 Frs. Brillantschmuck ab, die Kaiserin kaufte ein silbernes Toilettenervice und zwei Silberkannen, ferner ein Stück wundervolles Seidenzeug zu einem Kleide. Die Stimmung der zahlreichen Lieferanten und Hilfsarbeiter in Moskau wird nach der Flucht Jouannos als sehr gedrückt geschildert. Die russischen Blätter, welche bisher die Ausstellung stützten, begannen zu schwanken. Viele befürchten einen gründlichen Krach, da ein riesiger Ausfall unausbleiblich scheint.

Verkauf der portugiesischen Colonien.

Der Lissaboner Correspondent der „Morning Post“ erfährt, daß ein Mitglied der Cortes beabsichtige, den Verkauf sämtlicher portugiesischen Colonien mit Ausnahme der Angola-Inseln St. Thomé, Principe und Cap Verdi zu beantragen. Der für die Colonien Mozambique, Guinea, Goa, Macour und Timor erzielte Erlös müßte nach Ansicht des antragstellenden Abgeordneten zur Amortisation der Staatschuld benutzt werden. Mit Bezug auf die vorstehende Meldung und die Acceptirung des neuen englisch-portugiesischen Vertrages seitens der Cortes sagt die „Morning Post“ in einem Leitartikel unter anderem etwa Folgendes:

„Lord Salisbury hat, als Nebenrücksichten außer Acht lassend, Portugal die denkbare günstigsten Bedingungen gestellt, und es muß Befriedigung erreichen, daß die heilige Sprache einer Reihe portugiesischer Zeitungen bei den portugiesischen Abgeordneten in keiner Weise widerhallt. Es steht zu hoffen, daß die endgültige Annahme des Vertrages nunmehr gesichert erscheint. Daß Portugal mit unfreundlichen Augen auf England blickt, ist gegen jede politische Tradition, und es steht keinen Augenblick zu beweisen, daß die alte Freundschaft wieder hergestellt werden wird, sobald die streitigen Punkte erledigt sind. Portugal muß einsehen lernen, daß die früher üblichen Colonisationsmethoden nicht länger angewendet werden können.“

Portugal muß ebenfalls lernen, daß die früher üblichen Colonisationsmethoden nicht länger angewendet werden können, bis die Zahl der Colonien im Verhältniß zu den zu Gebote stehenden Mitteln zu halten, so braucht sich Portugal nicht zu schämen. Die Behauptung entfernt liegenden Colonien ist seit Einführung der Dampfschiffe nur den reichsten maritimen Mächten möglich. Eine Ausdehnung der Nationalität ohne die nötigen Mittel vorzunehmen, bedeutet einfach die Verursachung von Schwierigkeiten im eigenen Lande. Aus diesem Grunde kann das Gerücht von der Möglichkeit des Verkaufs der Colonien nicht überreden.“

Nach einer längeren Auseinandersetzung über die Chancen der Annahme eines solchen Vorschlags schließt das cilierte Blatt wie folgt: „Wir können für den Augenblick nur das als feststehend ansehen, daß Portugal nur wenig vorstellbare, aber sehr viele unvorstellbare Methoden finden könnte, um seine finanziellen Verlegenheiten zu begegnen.“

Nach einer längeren Auseinandersetzung über die Chancen der Annahme eines solchen Vorschlags schließt das cilierte Blatt wie folgt: „Wir können für den Augenblick nur das als feststehend ansehen, daß Portugal nur wenig vorstellbare, aber sehr viele unvorstellbare Methoden finden könnte, um seine finanziellen Verlegenheiten zu begegnen.“

Das englische Blatt hat offenbar so unrecht nicht, wenn es auch ausgeschlossen erscheint, daß dieses Verkaufsprojekt realisiert werden wird.

Zu den Judenverfolgungen auf Corfu
wird dem Konstantinopeler Correspondenten der „Röhl. Ztg.“ von erster diplomatischer Stelle das Schreiben eines hochgestellten Corfioten zugängig gemacht, wonach fortgesetzt noch Furcht und Schrecken alle Bewohner Corfus ergriffen halte. Alle israelitischen Familien gehen mit der

Absicht um, sofort oder demnächst die Insel zu verlassen. Die griechische Regierung ergriff zwar verschiedene wirksame Maßregeln zur Vertheidigung der Juden, kann jedoch die Bevölkerung nicht zwingen, ihre Gefühle für die Juden zu ändern. Die Athenische und die Provinzialpresse feiern ebenfalls zum Haß gegen die Juden an; die Einschlüsterungen der Fanatiker über verderbliche Wirkungen auf den erregten Pöbel aus. Gehr viele Juden befinden sich in Folge Arbeitslosigkeit im äußersten Elend; die meisten suchen nach Amerika oder der Türkei auszwandern.

Ein französisch-türkischer Zwischenfall.

Die religiösen Streitigkeiten in Palästina haben zu einem französisch-türkischen Zwischenfall geführt. In Folge eines Endes Mai zwischen den Franziskanern und den Geistlichen der griechischen Kirche wegen unberechtigten Gebrauchs der Thür der Notabilitätskirche zu Bethlehem entstandene Streites, wobei beiderseits zahlreiche Verwundungen vorgekommen sind, richtete der französische Botschafter, Graf v. Montebello, eine Note an die Pforte, worin er beklagte, daß die Pforte die Griechen den Lateinern gegenüber stets begünstigte und strengste Untersuchung, sowie Bestrafung der Schuldigen verlangte. Da die Pforte zögerte, hierauf zu antworten, stieg die Erregung unter den Lateinern in Bethlehem und ihren Anhängern zu einer bedrohlichen Höhe. Entsprechend den Instruktionen des Ministers des Außenwesens, Ribot, erbat sich daher Graf v. Montebello beim Sultan eine besondere Audienz und setzte ihm die von Frankreich in dieser Sache erhobenen Forderungen auseinander. Der Sultan erkannte die Reklamationen als wohl berechtigt an und ließ an den Gouverneur von Jerusalem telegraphieren. Frankreich sofort Genugthuung zu geben.

Die blutigen Vorgänge auf Kreta.

Aus Hanji vom 31. Mai eingelaufene Berichte geben von den dortigen Vorgängen folgende Darstellung: General Hippolite ließ 80 Personen unter dem Verdachte der Teilnehmerschaft an einem revolutionären Complot verhaften. Es verbreitete sich das Gerücht, der präsident be

zogen werden, falls sie den Credit ihres Namens zur Erhöhung des Raubes hergeben sollten.

4) Die konstitutionellen Truppen sind zu instruieren, von dem erwähnten Geld Besitz zu ergreifen, auf welchem Schiffe oder an welcher Person es auch immer gefunden werden möge."

Gleichzeitig hat die Regierung des Präsidenten Balmaceda folgende offizielle Erklärung erlassen: "Der sogenannte Kongress, der die revolutionäre Partei repräsentiert, besitzt überhaupt keine moralische Autorität. Die Insurgenten in Tarapaca besitzen keine Hilfsquellen und haben keine Mittel, um eine Expedition nach den bevölkerten Theilen Chiles zu unternehmen. Der Regierung stehen 30 000 Soldaten und 10 000 wohlgerüstete Gendarmen treu zur Seite, während die revolutionäre Partei nur aus 5000 demoralisierten Leuten besteht. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat den Dampfer „Atala“ und seine Waffenladung mit Beschlag belegt. Der verfassungsmäßige Kongress hat gewisse ökonomische Gesetze angenommen, so daß der Regierung genügend Baarbeiten zu Gebote stehen."

Balmaceda versteht offenbar das Renommieren gründlich. Denn wenn ihm wirklich 40 000 Mann treu zur Seite ständen, den Rebellen aber nur „5000 demoralisierte Leute“, wie kommt es dann, daß er bisher noch nicht im Stande gewesen ist, den Insurgenten die von diesen eroberten Provinzen wieder zu entziehen?

Zur See ist das Übergewicht vollends offenkundig und fortlaufend auf Seiten der Congreßparteien. Den neuesten Meldungen aus Iquique vom 8. d. zufolge haben die chilenischen Kriegsschiffe „Almirante Lynch“ und „Almirante Condell“ mit zwei bewaffneten Transportdampfern aus der Ferne den Versuch gemacht, Pisagua zu bombardieren. Einige Geschosse hätten die Stadt auch erreicht. Die Schiffe der Aufständischen hätten die Verfolgung der Angreifer aufgenommen.

Abgeordnetenhaus.

99. Sitzung vom 9. Juni.

In dritter Beratung werden die Gesetzentwürfe betrifft, die Heranziehung der Fabriken u. s. w. mit Vorleistungen für den Wegebau in den Provinzen Brandenburg, Schleswig-Holstein und Rheinland genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Antrages der Abg. Walther (freicons.) u. Gen. auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend die Befestigung durch die Hochwasser im Sommer und Herbst herbeigeführten Verheerungen. Es sollen die Gelser, welche aus dem Gesetz von 1888 disponibel sind, dafür verwendet werden.

Ein Antrag v. Huene (Cent.) will den Antrag auch ausdehnen auf die Überschwemmungen des Frühjahrs 1891.

— Abg. v. Bodenhausen will die Bewilligungen aus diesen Fonds auch für die zur Ausführung kommenden Flussregulierungen bewilligt wissen. — Abg. Graf Kanitz (cont.) will auch die Hochwasser des Sommers 1889 in den Rahmen des Antrages hineinziehen.

Abg. Barth (freicons.) befürwortet als Mitinitiator den Antrag Walther mit dem Hinweis darauf,

dass die durch den Austritt der Elbe hervorgerufenen Hochwasser im Frühjahr 1890 höher gewesen seien als früher.

Der verurteilte Schaden ist überaus groß gewesen, 100 Dörfer sind in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Ernte ist weggeschwemmt worden und das Wasser in die Scheunen gebrungen, wodurch große Getreidemengen verloren gingen. Zur Befestigung des ganzen durch den Austritt der Elbe verursachten Schadens würde eine Summe von 4 Mill. Mk. nötig sein.

Woher sollen die Leute das Geld nehmen? Der Staat muß hier eintreten; er wird einen Verlust nicht haben, da die Gelser als zu amortisierende Darlehen gegeben werden. Weit schlimmer sind noch die Verheerungen des Saale. Der Schaden beträgt hier, trotzdem nur wenige Ortschaften betroffen worden sind, 1 Mill. Mk.

Minister Heerfurth: Die bezeichneten Verheerungen durch Hochstühlen sind zwar aus ziemlich eng begrenzte Gebiete beobachtet, aber innerhalb dieser Gebiete um so schwer gewesen und haben teilweise einen solchen Umfang gehabt, daß eine Beihilfe des Staates notwendig ist. Eine solche Beihilfe ist zum Theil bereits gewährt worden, zum Theil in Aussicht gestellt. Die Regierung ist deshalb mit der Tendenz des Antrages und der Unterträge einverstanden, aber sie glaubt deren Annahme nicht empfehlen zu können. Es sind aus dem Gesetz von 1888 keine disponiblen Mittel mehr vorhanden; es sind allerdings von den bewilligten 34 Mill. nur 22 Mill. verausgabt, aber da Baarmittel nicht überwiesen sind, sondern nur die Befugniss-Anlässe aufzunehmen, und diese Befugnis erloschen ist, so sind Mittel nur in dem Haupt-Extraordinarium des Staats vorhanden, odes es müssen neue Anleihemittel bereitgestellt werden. In Bezug auf die Wiederherstellung zerstörter gemeinnütziger Anstalten sind Staatsbeihilfen nicht beantragt worden, wohl aber für die Erhaltung von einzelnen Personen im Nahrungszuflande; es hat sich herausgestellt, daß Mittel in dem Umfang wie 1888–89 nicht notwendig werden.

Es sind aus bereiteten Mitteln Beihilfen gewährt worden. Darüber hinausgehen hält die Regierung nicht für notwendig, weil wirtschaftlich und moralisch eine solche Unterstützung sich als nicht segensreich herausgestellt hat. Die Hilfe kann geschaffen werden durch nachbarliche Hilfe der befreiteten kommunalen Corporationen. Anders liegt die Sache bei der Wiederherstellung der Deiche und Uferschutzwälle. Die nötigen Einleitungen dazu sind getroffen worden; wenn Gelser noch nicht bewilligt sind, so liegt das daran, daß die nötigen technischen Vorarbeiten noch nicht beendet sind.

Wenn die Mittel des Hauptextraordinariums des Staats nicht ausreichen sollten, wird die Regierung mit einer besonderen Vorlage kommen.

Abg. Bürgkhardt (els.): Bei dem Gesetz von 1888 ist in Aussicht gestellt, auch Flussregulierungen aus den Mitteln des Gesetzes zu bestreiten, wenn sie zur Abschaltung von Hochstühlen dienen können. Aber diese Aussicht ist nicht erfüllt worden und daher ist der Antrag berechtigt.

Abg. v. Rosenthal (freicons.) empfiehlt die Vornahme verschiedener Flussregulierungen bei den Nebenflüssen der Elbe zur Verhütung der Wiederkehr solcher Überschwemmungen und beantragt färmliche Anträge der Agrar-Commission zu überweisen.

Abg. v. Böckeler (Centr.): Die Regierung ist besorgt, Consofs auszugeben bis zum Betrage von 34 Millionen Mark, so lange die Zwecke des Gesetzes noch nicht erfüllt sind. Diese Zwecke sind noch nicht erfüllt worden, also ist der Finanzminister berechtigt, über die begebenen 22 Mill. Consofs hinaus weitere Consofs zu geben.

Abg. v. Huene (Centr.): Nach den Erklärungen des Ministers wird man im Plenum nicht zu einem Ergebnis kommen. Ich beantrage daher Überweisung an die Agrar-Commission.

Abg. Graf Kanitz (cont.) will durch seinen Antrag einen im Sommer 1890 schwer geschädigten Gemeinden in Westpreußen helfen.

Abg. Ebert (reitl.) ist durch die Darlegungen des Ministers nicht überzeugt. So lange die Schäden von 1888 nicht wieder hergestellt seien, besteht das nobile officium der Regierung, im Sinne des Gesetzes weiter zu verfahren. Reiter hält eine Abhilfe der unhaltbaren Zustände im Versicherungswesen, speziell in Bezug auf die Versicherung gegen Hochwasserschäden für dringend geboten. Es sei für das Ansehen der Landesvertretung nicht dienlich, wenn hier Lokalschäden in solcher Fülle aus allen möglichen Gründen vorgetragen würden. Damit diese Fragen endlich einmal in Fluss kämen, beantragt er die Überweisung der Anträge an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern.

Die Abg. v. Pietzenberg, Schmidt-Marburg, v. Bodenhausen, v. Werbeck, Gerlich, v. Garlinski und v. Pilgrim vertreten spezielle Wünsche ihrer Heimatgegenden.

Abg. Richter verlangt die Überweisung des An-

trages an die Budgetcommission, welche allein zuständig sei. Die Interpretation des Ministers über die Verwendung der 1888 bewilligten Mittel sei durchaus richtig. Zu einer Erweiterung der Vollmachten der Regierung sei ein besonderes Gesetz erforderlich.

Die Anträge werden darauf der um 7 Mitglieder verstärkten Agrarcommission überwiesen.

In erster und zweiter Lesung wird darauf der Gesetzentwurf über die zeitliche Begrenzung der gesetzlichen Vorleistungen zu den Kosten der Unterhaltung des Neubaus öffentlicher Wege und die Verjährungsfristen bei diesen Leistungen genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen kleine Vorlagen und Petitionen.

Zur Geschäftsausordnung bemerkte Abg. Richter: Die Tagesordnung, welche der Präsident vorgeschlagen hat, entspricht der Geschäftsausordnung, und ich habe nicht die Absicht, dem Vorlage entgegenzutreten. Von den Initiativvorschlägen, welche eingereicht worden sind, ist einer heute erledigt, es würde also die nächste Sitzung mein Antrag, betreffend die Getreidebefreiung, einnehmen. Es ist uns nun gleich, ob übermorgen oder Freitag die Verhandlung stattfindet, indem legen wir Werth darauf, daß heute schon festgestellt wird, daß der Antrag an einem der nächsten Tage zur Verhandlung kommt. Nach der Geschäftsausordnung ist es ja gestattet, daß Initiativvorschläge außer der Reihe, nicht nur am Schwerpunkt berathen werden.

Präsident v. Röller: Ich habe die Absicht, dem Hause vorzuschlagen, diesen Antrag des Abg. Richter übermorgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 9. Juni. Das amtliche Programm für den Besuch des deutschen Kaisers in England ist jetzt, wie folgt, festgesetzt: 4. Juli. Ankunft in Port Victoria und Fahrt nach Windsor. Dauer des Aufenthalts höchstens bis 8. Juli. Während dieser Zeit wird der Kaiser an verschiedenen Festlichkeiten, darunter die Hochzeit der Prinzessin Louise, die silberne Hochzeit des Prinzen und der Prinzessin Christian in Cumberland Lodge teilnehmen. — 8. Juli. Ankunft im Buckingham Palast in London und Besuch der italienischen Oper. — 9. Juli. Gartenfest in Marlborough House und am Abend Besuch des Albert Hall. — 10. Juli. Besuch der Guildhall. — 11. Juli. Dejeuner auf der deutschen Botschaft und Besuch des Crystal Palaces am Abend. — 12. Juli. Besuch der Marineausstellung. — 13. Juli. Abreise von England.

* [Graf Waldersee] traf gestern Mittag in Friedrichshafen ein und wurde vom Fürsten Bismarck auf dem Bahnhof empfangen. Am Nachmittag wurde eine gemeinsame zweistündige Spazierfahrt durch den Sachsenwald unternommen. Am Abend trat Graf Waldersee die Rückreise nach Altona an. Kurz vorher war Graf Herbert Bismarck aus Schönhausen in Friedrichshafen eingetroffen.

* [Erzbischof Schenk über den Antisemitismus.] Nach einem Telegramm der Münchener „Allgem. Ztg.“ aus Bamberg äußerte der neue Erzbischof Dr. v. Schenk beim Empfang einer Deputation der israelitischen Gemeinde, er bedauere auf's Tiefste den Antisemitismus und werde ihn entgegentreten.

* [Die sozialdemokratische Generalcommission] erstattet wiederum einen Situationsbericht. Im Streik befinden sich danach außer den Feuer- und Kohlenzähern in Bremerhaven die Zeilenhauer in Ruhrtort. In Mainz, Bayreuth und Langenölz i. Sgl. bestehen Differenzen zwischen den Tischlergelehrten und ihren Arbeitgebern. Der Streik der Tischler in Mainz und der Tabakarbeiter in Dresden ist zu Ungunsten der Arbeiter entschieden, was die Commission zu der Warnung veranlaßt, bei der Inszenierung von Streiks vorsichtig zu sein.

* [Besuch der Berliner Universität.] Aufser den 4611 Studenten, die zur Zeit an der hiesigen Universität immatrikulirt sind, hören noch 2387 andere Personen die Vorlesungen, welche also insgesamt von 6978 Zuhörern besucht werden sollten. Die meisten stellt Preußen, nämlich 3885, zu denen sich 649 aus dem übrigen Deutschland gesellen.

* [Das Reichsgesetzblatt] veröffentlicht das Arbeiterschutzgesetz und das Gesetz betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern. Beide Gesetze tragen das Datum des 1. Juni.

* [Vermehrung des Staatslotterielosos.] Die Budget-Commission beschloß, über die Resolution wegen Vermehrung der Staatslotterielosos in Erwägung, daß es der königl. Staatsregierung überlassen ist, mit Vorschlägen zur Einnahme-Vermehrung vorzugehen, zur Tagesordnung überzugehen. Entsprechend dieser verschämten Aufforderung wird die Regierung, wie gemeldet wird, in einem Nachtrag zum Etat die Zahl der Losse um 36 000 zu erhöhen, beantragen.

* [Verlegung des Buzt- und Bettags.] Die Commission des Abgeordnetenhauses hat unter Ablehnung des Gesetzentwurfs betreffend die Verlegung des Buzt- und Bettags der Regierung anhängiggegeben, mit den Landesregierungen und Kirchenbehörden beider Konfessionen in erneute Verhandlung zu treten, um statt des bisherigen Buztags einen andern Tag als solchen, womöglich aus dem Mittwoch (anstatt Freitag) in der vorletzten Woche des Kirchenjahres zu bestimmen.

* [Schnellfahrender Dampfer für den Kaiser.] Für den Kaiser soll Berliner Blättern zufolge, auf der Schichau'schen Werft in Elbing ein kleiner schnellfahrender Dampfer gebaut werden, der für den Verkehr auf Havel und Spree bestimmt ist. Der Kaiser habe schon seit längerer Zeit den Wunsch, einen derartigen Dampfer nämlich für plötzlich eintretende Dienstfahrten zur Verfügung zu haben und aus diesem Wunsch heraus war denn auch die Commandirung des Torpedobootes nach Berlin bezo. Potsdam erfolgt. Das Torpedoboot hat eine Fahrgeschwindigkeit von 15 Knoten, während beispielweise die großen Spreedampfer nur 10 Knoten Fahrt haben, das Boot genügt somit wohl den Fordeungen der Schnelligkeit, leider aber ist der Tiefgang der Torpedos (1,80 Meter) für die Gewässer des Berliner Umganges ein zu großer; das Boot mußte sich stets streng in der Fahrtrinne halten, über deren Lage genaue Karten nicht existieren. Die Fahrt mit dem Torpedoboot war daher namentlich des Nachts für den mit dem Wasserlauf nicht sehr vertrauten Schiffsführer eine sehr schwierige und das Torpedoboot ist daher vor allem aus diesem Grunde wieder nach Hiel zurückgeschickt worden. Der in Aussicht genommene neue Dampfer soll die Geschwindigkeit der Torpedos mit geringer Tiefgang verbinden.

Potsdam, 9. Juni. Der Kaiser besichtigte heute Vormittag auf dem Bornstedter Felde das Regiment der Garde du Corps und das Leib-Garde-Grenadier-Regiment. Die Kaiserin wohnte mit dem Kronprinzen der Besichtigung bei, welche mit einem Gefecht im Feuer schloß, zu dem das 2. Bataillon des 1. Garde-Regiments zu Fuß und zwei Batterien des 2. Garde-Flieger-Artillerie-Regiments zugezogen wurden. Nach Schluss der Übung begab sich der Kaiser an der Spitze des

Regiments der Garde du Corps nach der Stadt zurück und folgte einer Einladung des Offizierscorps des Regiments zum Frühstück.

Słettin, 9. Juni. Wie die „N. St. Z.“ hört, wird am 17. Juni hier eine vom Wahlverein der freisinnigen Partei veranstaltete Versammlung stattfinden, deren Tagesordnung eine Befreiung des Verhaltens der Regierung zur Frage der Getreidepölle bildet. Der Abgeordnete für Słettin, Herr Broemel, hat sein Erscheinen zugesagt, auch steht die Anwesenheit noch anderer Abgeordneter in Aussicht.

Essen, 8. Juni. Der Bochumer Steuereinschätzungsprojekt. Die heutige Sitzung wird mit der Verhinderung eröffnet, daß der Gerichtshof beschlossen habe, die Baare'schen Strafanträge auszufrieden, im übrigen die Verhandlung weiter zu führen. Es wird dann mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt und zunächst werden die Beamten des Bochumer Vereins vernommen. Die zunächst aufgerufenen Ingenieure gehören alle der nationalliberalen Partei an und sind bis auf 2, evangelisch. Zeuge Ingenieur Diesenbach ist in die 5. Einkommensteuer-Stufe eingeschätzt, während er in die 12. Stufe gehört. — Ingenieur J. Gremmel ist in der 11. Klassesteuer-Stufe eingeschätzt, hält aber in die 11. Einkommensteuer-Stufe eingeschätzt werden müssen. — Ingenieur Dörbecker ist in der 1. Stufe der Einkommensteuer, während er nach seinem Gehalt in die 4. gehört. — Ingenieur Wasner ist in der 3. Stufe, während er in die 11. gehört. — Ingenieur C. Gremmel war in der 10. Klassesteuer-Stufe statt in der 2. Einkommensteuer-Stufe. — Ingenieur Brandis war in der 12. Klassesteuer-Stufe statt in der 3. Einkommensteuer-Stufe. — Ingenieur Ellmering war in der 3. Einkommensteuer-Stufe, gehörte aber in die 5. — Ingenieur Rumpf war in der 1. statt in der 5. Stufe der Einkommensteuer. — Ingenieur Regener war in der 3. Stufe, gehörte aber in die 8. — Ingenieur Osk. Pinnagel steuerte in der 10. Klassesteuer-Stufe statt in der 5. Einkommensteuer-Stufe. — Ingenieur Otto Pinnagel war in der 11. Klassesteuer-Stufe richtig eingeschätzt.

Auch die übrigen Angestellten des „Bochumer Vereins“ (Obermeister, Buchhalter), welche vernommen wurden, sind nach ihren Angaben um mehrere Stufen zu niedrig eingeschätzt. Sie erklärt sämtlich, daß die Einschätzungscommission von ihrem wahren Einkommen nichts gewußt habe, auch nichts habe wissen können.

Ein ähnliches Ergebnis hat die nun folgende Vernehmung einer größeren Anzahl von Zeugen aus verschiedenen Berufskreisen. Sie sind mehrheitlich erheblich zu niedrig eingeschätzt, doch gehören diese nicht alle der nationalliberalen Partei an, sondern einige auch dem Centrum. Einige sind nach ihrem Einkommen richtig, einige zu hoch eingeschätzt.

Der hierauf erfolgten sehr ausführlichen Vernehmung des Rechnungsraths Röster (Steuerexpäfänger der Stadt Bochum) ist zu entnehmen, daß diesem Gutachter die Vermögensverhältnisse bew. Einnahmen der zu niedrig eingeschätzten Personen zumeist nur oberflächlich bekannt waren. Geh. Rath Baare, Generaldirektor Trielinghaus, Generalsekretär Baare und noch viele andere waren zweifellos bedeutend zu niedrig eingeschätzt, dagegen erachtet er (Röster) den Dr. jur. Baare, der auf 8000 Mk. geschätzt sei, als richtig veranlagt. Um ein Urtheil über die richtige Schätzung des „Bochumer Vereins“ abzugeben, sei eine genaue Prüfung der Bilanz dieses Vereins erforderlich. — Die Vertheidiger beantragen: den Sachverständigen zu beauftragen, eine solche Prüfung vorzunehmen und beantragen gleichzeitig dieser Angelegenheit wegen die Ladung nach weiterer Sachverständiger. — Der Vertreter der Nebenkläger beantragt die Ladung des Geh. Finanzräths Jenke (von den Arppen'schen Werken) als Sachverständigen. — Der Präsident bemerkt, daß der Gerichtshof sich über diese Anträge bis morgen schlüssig machen werde und vertagt die Sitzung auf morgen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 9. Juni. [Abgeordnetenhaus.] Der Präsident Smola widmete dem verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten v. Hasner einen Nachruf, welcher von dem Hause stehend angehört wurde. Hierauf legte die Regierung das Gesetz gegen die Trunkenheit mit einigen Änderungen wieder vor und zeigte die heilsame Aufhebung des Wiener Ausnahmezustandes an.

Bruck a. d. Leitha, 9. Juni. Der Kaiser traf in Begleitung der fremdländischen Militärräte im hiesigen Lager ein und nahm eine Besichtigung der Lagergruppen vor, die vier Stunden dauerte und mit einer allerhöchsten Artikl schloß.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. [Députiertenkammer.] Nach dreitägiger Debatte über die Zolltarifvorlage wurde, der Regierungsvorlage und den Vorschlägen der Commission entsprechend, die Zollfreiheit für frische und trockene Seidenconcons, sowie für Rohseide genehmigt. Für gewöhnliche Seide und Seidenfabrikate wurde ein Zoll von 300 Francs beschlossen. (W. L.)

Eine Anzahl sozialistischer Deputirten hat einen Antrag eingebracht, die Sacré-coeur-Kirche auf dem Montmartre zu schließen.

Paris, 9. Juni. In der vergangenen Nacht explodierte eine Dynamit-Patrone vor dem Polizei-Commissariat in Levallois-Perret; die Fensterscheiben im Commissariat und einigen benachbarten Häusern wurden zertrümmert und die Mauer des Commissariats-Gebäudes beschädigt. Niemand ist verletzt worden. Man sieht das Attentat einem Nachtwächter der Anarchisten gegen den Polizei-Commissar zu, welcher am 1. Mai eine Anzahl derselben bis Clichy verfolgt hatte, wo der bekannte Lärmsturm herbeigeführt wurde. (W. L.)

Paris, 9. Juni. Der Ministerrath beschloß, beim Parlament den notwendigen Credit für die Teilnahme Frankreichs an der Weltausstellung in Chicago zu beantragen. (W. L.)

England.

London, 9. Juni. Das Unterhaus hat die erste Lesung der

dieser Ausfallzusammenhang fest, so kann dem gegenüber die bloße Möglichkeit, daß auch ohne die Enteignung die Anlage hätte an dem Grundstück des Entschädigungsberichtigten vorbeigeführt werden können, nicht in Betracht kommen.

* [Rechts-Stempelabgaben.] Den Steuerämtern in Neustadt, Brieten, Tuchel, Slatow, Mewe, Dt. Eylau, Lautenburg, Löbau, Schloßau, Tempelburg und Schöneck ist die ihnen beigelegte gewesene Befugnis zur Erhebung von Reichsstempelabgaben wieder entzogen worden.

* [Förderung des Waldanbaues.] Die Staatsforstverwaltung sucht im Interesse der Landeskultur auf den Holzgängen in den Waldbungen der Gemeinden, öffentlichen Anstalten, Privatgrundbesitzer u. anregend und fördernd auch dadurch einzuwirken, daß sie gutes Pflanzenmaterial zum Selbstkostenpreise denjenigen Waldbesitzern abgibt, welche nicht die Gelegenheit haben, sich die erforderlichen Pflanzen selbst zu erziehen. In der Zeit vom 1. April 1890 bis dahin 1891 sind auf diese Weise in Westpreußen 3279,95 hunderte Laubholzpfanzen und 35 442,15 hunderte Nadelholzpfanzen (in Ostpreußen 1623,65 resp. 7389,26 hunderte, in Pommern 750,33 resp. 23 967,97 hunderte) aus den Staatsforsten abgegeben werden.

* [Personalen.] Dem Gerichts-Assessor Kroll in Graudenz ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt worden. Der Rechtskandidat Mag. Benning aus Gostkono ist zum Referendar ernannt und dem Amtsgerichte in Pr. Friedland zur Beschäftigung überwiesen.

* [Patent.] Herrn G. Schlacht in Langfuhr ist auf ein Compressiorium für Fleischbeschauer ein Patent ertheilt worden.

* [Prämien.] Seitens des Landesdirectors sind neuerdings Belohnungen von 50 bis 200 Mark und seitens der Generaldirection der westpreußischen landwirtschaftlichen Feuer-Societät folche von 60 bis 300 Mark für die Entdeckung von Brandstiftungen ausgeschafft worden.

* [Gewerblicher Verbandstag.] Der Verbandstag der Löpfer und Ofenfabrikanten Ost- und Westpreußens hat am Sonntag in Thorn stattgefunden. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Es wurden u. a. Verhandlungen gepflogen über Lohnverhältnisse und über Befähigungs-Nachweis. — Der nächste Verbandstag soll in Königsberg abgehalten werden.

* [Unfall.] Der Arbeiter Wilhelm M. aus Neufahrwasser geriet dabei, beim Lösen von Kohlen mit dem linken Arm zwischen Tau und Winde und erlitt einen Bruch des linken Oberarms. Er wurde nach dem chirurgischen Lazareth in der Sandgrube geschafft.

* [Unglücksfall auf dem Schießplatz.] Der frühere Schießscapitän Herr Dannenberg, Inhaber des ehemals Pol'schen Laden-geschäfts am Johannisthor, besuchte gestern Abend den im Dach der Kalivort'schen Werk liegenden Dampfer „ECHO“. Hier hatte er das Unglück, von einer Laufplatte in das Dach hinab zu fallen, wobei er auf der Stelle tot blieb.

* [Unglücksfall auf dem Schießplatz.] Auf dem Artillerie-Schießplatz Gruppe bei Graudenz ist vorgestern wieder ein ernster Unfall passiert, der anderen zur Warnung dienen sollte. Als der 14jährige Sohn des Arbeiters Cuklowitsch die Ausrüstung zum Weide führte, sand er eine noch nicht crepante Granate, mit welcher er sich sofort zu schaffen machte. Dieselbe explodierte und der Junge wurde arg verstimmt. Er hat u. a. beide Hände verloren, welche das explodierende Geschoss zer-schmetterte.

* [Schürenfest.] Bei dem heutigen Schürenfest der Friedrich-Wilhelm-Schüren-Gilde traten die Schützen zum ersten Male in ihrer neuen kleidssamen Tracht, einer dunkelgrauen Jacke, an welcher die Abzeichen der Chargen durch goldene Sterne auf dem schwarzen Sammetkragen angebracht sind, auf. Das Prämien-schießen, mit welchem das Fest eröffnet wurde, ergab folgendes Resultat: Den besten Schuß gab Herr Maurermeister Böhling ab, der in drei Schüssen 51 Ringe erzielte, ihm folgten Herr Malermeister Dahms mit 48 und Herr Ramberg vom Bürger-Schützen-Corps mit 44 Ringen. Nach dem Festessen, welches dem Prämientischen folgte, findet das Königsschießen statt.

[Polizeivertrag vom 10. Juni.] Verhaftet: 12 Personen, darunter: 1 Junge wegen Diebstahls, 7 Obdachlose. — Gestohlen: 1 Dutzend goldene Theelöffel, 3 silberne glatte Theelöffel, 5 silberne Theelöffel. — Gefunden: 1 Anatol-Winterüberzieher, 1 Haustürschlüssel, eine Anzahl Papiere; abzuholen von der Polizei-Direction. — Verloren: Auf dem Wege von Langfuhr 83 bis Langfuhr 71 ein Zwangsmarkstück; abzugeben an das Dienstmädchen Auguste Dreier, Langfuhr 71 I.

* [Zopf.] 10. Juni. Unser Sommertheater hat namentlich in den letzten Jahren ein wenig günstiges Schicksal gehabt, während es in den ersten Jahren einigermaßen florirte. Es soll nun in ähnlicher Weise, wie es damals geführt wurde, wieder auftreten. Herr Frith Angelborg, früher Regisseur und ein beliebter Darsteller am Danziger Stadttheater, beabsichtigt, von Anfangs Juli auf 8—10 Wochen mit einem tüchtig eingespielten Lustspiel, Posse- und Operetten-Ensemble hier Vorstellungen zu geben. Ein Gesuch um Subventionstritung selines Unternehmens, wobei hr. A. sich zu jeder möglichen Garantie für gute Kunstreihungen und für konsequente Durchführung seines Vorhabens bis zum Schluss der Saison bereit erklärt haben soll, ist bereits der hiesigen Bade-direction unterbreitet worden.

Zuchel, 8. Juni. Zu der heute hier unter dem Vorstehe des Herrn Seminarirectors Jablonski abgehaltenen amtlichen Volksschullehrer-Conferenz waren gegen 100 Lehrer erschienen. Der Begrüßungsrede des Herrn Vorsitzenden folgte eine vom Herrn Seminarlehrer Scholz gehaltene Musterlection aus dem Geschichtsunterricht, woran sich ein Vortrag über den Geschichtsunterricht schloß. Nach einer Pause, welche vom Seminarior durch musterhafter vorgetragene Gesänge ausgefüllt wurde, hielt Herr Seminarlehrer Lepke einen Vortrag über das Thema: „Wie kann die Volksschule den irregelgestellten Bestrebungen auf sozialem Gebiete entgegenwirken?“ Ein gemeinschaftliches Mittagessen folgte der Conferenz. (Sel.)

Die. Eylau, 8. Juni. In dem Dorfe Stradem brannten gestern drei Häuser, in welchen ca. 20 Arbeitersfamilien wohnten, vollständig nieder. Der Arbeiter Galowski, Vater von 4 Kindern, wurde unter den zusammenstürzenden Trümmern begraben. Die Frau des Unglücks und der älteste Sohn erlitten erhebliche Brandwunden. (Th. D. Jtg.)

Königsberg, 9. Juni. Die Königsberg. Allg. Jtg. schreibt: Ein aus unserem östlichen Nachbarreiche ausgewiesener Maurergeselle, welcher gestern hier eintraf, schuldete die in letzter Zeit vorgenommenen Ausweisungen als verbündeter umfangreich. So wäre er mit noch 43 Familien in Warschau, woselbst er sich auf Arbeit befunden, festgenommen und per Schiff über die Grenze bei Thorn gebracht worden. Der ganze Transport sei mit den Familienangehörigen mehrere hundert Kopfe stark gewesen und es hätten die männlichen Personen zu zweien gefesselt neben einander gehen müssen, während die Frauen und Kinder fessellos den Weg bis zur Grenze theils zu Fuß, theils per Eisenbahn zurücklegten. Die ausgewiesenen seien meistens Fabrikarbeiter und Handwerker gewesen. Mit Bezug auf die Grinde der Ausweisung konnte er keine Erklärung abgeben. Der hier eingetroffene, dessen Vater in Russland naturalisiert worden, ist jetzt 29 Jahre alt, hat sich nie um sein deutsches Vaterland gekümmert, seine Militärfürsicht nicht genügt und ist in Russland, da nach dem dort geltenden Gesetz die Kinder nie mit dem Eltern in den Unterhänden-Verband aufgenommen werden, in die üble Lage gerathen, ausgewiesen zu werden.

Insterburg, 9. Juni. Von den neuen Cavallerie-säbeln, welche in der Armee eingeführt werden sollen, sind etwa 50 Stück dem hiesigen Ulanen-Regiment zum Probeversuch übergeben. Die Waffe soll viel zweckmäßiger sein, als der alte, schwere Cavalleriesäbel. Der neue Säbel ist gerade und hat einen Griff ähnlich wie beim Infanterie-Offizierdegen. (Inst. J.)

Lüslit, 9. Juni. Die Neuwahl zum Reichstage im Wahlkreise Lüslit-Niederung für den verstorbenen Oberpräsidenten v. Schlickmann ist bereits auf den 28. Juli übertragen. Die Auslegung der Wählerlisten muss demnach am 29. Juni beginnen. Wir haben erst kürzlich darauf hingewiesen, daß bei der letzten Wahl die Conservativen, obwohl auf ihrer Seite der ganze amtliche Apparat arbeitete, nur mit einer verhältnismäßig geringen Mehrheit siegten und die Gültigkeit des Mandats bis zu seiner Erledigung durch den Tod des Inhabers sehr in Frage stand. Hoffentlich werden die Liberalen des Wahlkreises bei Seiten die geeignete Lehre daraus zu ziehen wissen.

* [Demokratische Verwaltung des Landesamtes.] Den Steuerämtern in Neustadt, Brieten, Tuchel, Slatow, Mewe, Dt. Eylau, Lautenburg, Löbau, Schloßau, Tempelburg und Schöneck ist die ihnen beigelegte gewesene Befugnis zur Erhebung von Reichsstempelabgaben wieder entzogen worden. (Weiteres in der Beilage.)

Literarisches.

O Emin Paschas Entschluß und Stanleys Zug durch das „dunkle Afrika“. Nach Stanleys Berichten und Emin's Briefen für weitere Kreise dargestellt von Dr. Berthold Boltz. Mit 61 Abbildungen und einer Karte (Leipzig, Verlag von F. A. Brockhaus). Selten wohl ist ein Werk mit solcher Spannung erwartet worden, wie Stanleys Bericht über seine Reise zum Entsahe Emin's, aber auch selten wohl hat ein Leser mit so gehaltvollen Empfindungen ein Werk aus der Hand gelegt, wie dieser Bericht über „Aufführung, Rettung und Rückzug Emin Paschas“. Vor allem ist es die Ruhmredigkeit Stanleys, sowie das schlecht verhüllte Befreiern, den Mann, dessen „Rettung“ das ganze Unternehmen gegolten hatte, in den Augen der Leser herabzuheben, was anfänglich mit Bedenken, später mit Bewunderung erfüllt. Dazu kamen noch die gehässigen Angriffe gegen die unglücklichen Offiziere seiner Nachhut, die das ganze Reisewerk Stanleys zu einer im ganzen wenig erfreulichen Lecture machen. Der Verfasser hat alle diese unangenehm berührenden Stellen beseitigt, ohne doch die lebendige Schilderung und die dramatische Gestaltung, wo sie am Platze waren, aufzugeben, und er hat damit ein Werk geschaffen, welches nicht nur Stanleys große Verdienste klar widerpiegelt, sondern auch Emin's Wesen und Art verständlich macht.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 9. Juni. Über den Blitschlag, welcher die 1. Compagnie des Kaiser Franz-Garderegrenadier-Regiments heute getroffen, wird berichtet: „Die Compagnie war damit beschäftigt, einen von ihr ausgehobenen Schützen zujuwelen. Der Hornist Becker stand unweit des Übungsplatzes mit dem Pferde des Hauptmanns, und die nicht beschäftigten Spieler hielten sich um das Pferd gesammelt. Herr Hauptmann v. Quast stand zehn Schritte entfernt. Plötzlich entzündete ein mächtiger Knall und die halbe Compagnie lag beläuft auf der Erde. Der Blit schlug die im um das Pferd stehende Gruppe getroffen. Das Thier war in die Höhe gesprungen, dann stob niedergestürzt. Von den Mannschaften ist der Spielmann Gefreiter Börs am schwersten verletzt. Der Blit hatte den Helm getroffen, im Hinterkopf einen Theil der Schädeldecke ausgerissen, die Kleider und den Leib an der rechten Seite versengt und endlich den einen Giebel aufgeschlitzt. Der Unglückliche konnte nur durch künstliche Atmung ins Leben zurückgebracht werden; sein Aufkommen wird bezwifelt. Schlechts schwer verletzt ist der Tambour Bremer. Der Hornist Becker, der das Pferd gehalten, hat schwere Wunden am Bein davongetragen; Gefreiter Böss und Spielmann Gumbert sind leichter verletzt. Herr Hauptmann v. Quast lag lange Zeit bewußtlos. Auch Vicefeldwebel Eitel und Sergeant Kortkamp waren lange bestimmtlos. Die übrigen Mannschaften erholteten sich schnell von der Beläubung. Die in der Nähe befindlichen Herren Major v. Böning und Major v. Stellmann waren sofort nach dem Garnisonlazaret gesprengt, so daß von dort bald Hilfe kam. Die Verletzten wurden in Mäntel gehüllt und nach dem Lazaret getragen. Dann traf die Compagnie den Rückmarsch nach Berlin an.“

Rom, 9. Juni. In der vergangenen Nacht entstieß sich über Busolengo (Provinz Verona) und Umgebung ein furchtbares Gewitter mit Hagelschlag. Die Bahnliniens Verona-Capriano, Verona-Ala sind unterbrochen. Die Flüsse der von dem Unwetter betroffenen Gegend sind ausgetreten; einige Personen sind verunglückt. Auch die Eisenbahn ist im Gleisen begriffen. (W. L.)

London, 9. Juni. In der Befreiungsklage Sir William Gordon Cummings gegen Wilson und Andere wegen Verleumdung gab die Jury heute ihren Wahrspruch zu Gunsten der Beklagten ab. Damit ist also

Cumming moralisch vernichtet.

Debreczin, 8. Juni. Ein großes Magazin der Dampfmühlen-Aktiengesellschaft „Ivan“, in welchem Produkte und fertige Mehlaquare lageren, ist heute vollständig niedergebrannt. Die Mühlengebäude sind getroffen worden, auch im Betrieb ist dadurch keine Störung eingetreten. Der Schaden soll sich auf 200 000 Ft. belaufen. (W. L.)

Telegramme der Danziger Zeitung.

Nom. 10. Juni. (Privattelegramm.) Der Kassirer der päpstlichen Güterverwaltung, Ala, ist abgesetzt worden, angeblich weil er durch Spekulationen mit Geldern der Peterspfennige Millionen verloren haben soll.

Nom. 10. Juni. (W. L.) Der päpstliche Administrator Msgr. P. Folchi hat aus persönlichen Gründen seine Entlassung genommen. Die finanziellen Verluste des päpstlichen Stuhles werden in Abrede gestellt, nur die Wertpapiere, welche von vertrauenswürdigen Personen für Darlehen verpfändet worden sind, seien zurückgegangen.

Görlitz, 10. Juni. (W. L.) Bei Burgas ist ein Angehöriger eines Nomadenstamnes verhaftet, welcher in der Winterszeit den Brigantensführern, der den Eisenbahntzug überfallen hat, beherbergt. Das Leben wurde ihm zugestellt, falls mit seiner Hilfe die Räuber festgenommen werden. Auf den Kopf eines jeden Briganten sind 5000 Francs Belohnung ausgesetzt worden.

Zuschriften an die Redaktion.

Danzig, 9. Juni. Der Termin zur Ablösung der Wohngäste rückt wieder heran und kurz darauf beginnt das Rennen und Suchen von Hunderten nach anderen, vermeintlich besseren Wohnungen.

Zweck dieser Zeilen soll sein, diejenigen Vermieter, welche eine Wohnung zu vermieten haben, ihren Mitmenschen das Suchen zu erleichtern und zwar ohne dafür irgend welche Kosten zu haben, die Sucher aber gegen überflüssige Kosten zu schützen. Wenn der Wohngäste den Miethswert der Wohnung, den Umfang derselben und die tatsächliche Lage (Gasse) weiß, genügt dieses zur vorläufigen Beurtheilung, ob dieselbe passend ist oder nicht. Eine Annonce in der Tafung (J. B.) „Fischmarkt 101 — 2 Stuben 25 Mk.“ genügt. Es bleibt ja jedem überlassen, was er noch dazu sehen will. Wenn aber so unzweckmäßige Annoncen er-

scheinen, wie „Werftgasse ist eine Wohnung zu vermieten, zu erfragen Wallplatz so und so“, oder „Eine freundliche Wohnung, in einer freundlichen Gasse gelegen, ist zu erfragen Schidlik 3241“, so tragen wohl die Vermieter die Schuld, wenn die Wohnung leer stehen bleibt.

Dieser hat die Unannehmlichkeit des wiederholten, mit Kosten verknüpften Annonsiren und daß auch für ihn nicht passende Miether Nachfrage halten. Aber weit schlimmer ist es mit dem Miether bestellt. Der Mann geht zur Arbeit, die Frau hat das Essen zu bereiten und die Kinder zu beaufsichtigen. Vermieter erfordert er die Arbeit einen halben Tag und befehlt etwa 10 Wohnungen, die ihm der Stadtgegend nach passen würden, vergleichbar, so muß er das Suchen wiederholen. Geht die Frau auf die Wohnungssuche aus, dann leidet das ganze Hauswesen Tage lang darunter.

Schreiber dieses hat im Juli und August vorigen Jahres 172 Wohnungen in 5 Tagen besucht, wofür er einen Lohnabzug für den Stellvertreter von 13,75 Mk. hatte; dazu hat er noch 1,10 Mk. an Pferdebahngeld ausgegeben, ist also erst nach Ausgabe von 15 Mk. zu einer Wohnung gekommen.

Es wird so viel von den Wohlhaben geschrieben und gesprochen, die den Arbeitern zu Gute kommen sollen, die aber mehr oder weniger Geld kosten. Dieser mein Vorschlag kostet dem Vermieter kein Geld, schützt den Wohngästen und kostet den Vermieter aber vor Unkosten. H.

Briefkasten der Redaktion.

J. M. hier: Aluminatum, 1827 von Wöhler entdeckt, findet sich als kieselauere Thonerde im Thion ic. Es ist grauweiß, etwa so hart wie Silber, von starkem Klang, polierfähig, läßt sich zu Blech auswalzen und hält sich an der Luft sehr gut. Elektricität leitet Aluminium fünf mal besser wie Eisen, trotzdem es mehr als dreimal so leicht wie dieses ist. Der hohe Preis des Metalls, der vor einem Jahrzehnt 800 Mk. für das Kilogramm betrug, hat bis jetzt eine ausgedehnte Verwendung des Aluminiums verhindert, doch ist in der letzten Zeit in Folge des verbesserten Verfahrens bei der Gewinnung der Preis auf 12 Mk. gesunken, so daß nicht nur in Frankreich, sondern auch in Berlin Fabriken entstanden sind, die Gebrauchsgegenstände aller Art aus Aluminium herstellen. Ein Haushaltsschlüssel von mittleren Dimensionen kostet gegenwärtig 2 Mk.

E. C. hier: Sie sind im Irthrum. Der Betrag der Marke für die Invaliditäts- und Altersversicherung richtet sich nach dem festgelegten Durchschnitts-Lage-lohn für erwachsene und jugendliche Arbeiter und dieser gilt für den Stadtteil Danzig, also auch für die Vorstädte. Ferner: Nicht die Länge der täglichen Beschäftigung entscheidet, sondern das Lebensalter — daher ist auch für die Aufwärterin nicht eine Marke zu 14, sondern zu 20 Pf. zu verwenden, sofern diese nicht zu den jugendlichen Arbeitern gehört.

E. S. hier: Derartige Anstalten bestehen zur Zeit in Lintorf bei Düsseldorf, Salem bei Neumünster in Schleswig-Holstein und Nieder-Leipe in Schlesien; vorbereitet wird die Errichtung einer Trinker-Hilanstalt für Ostpreußen im Karlsdorf bei Rastenburg und für Westpreußen im Neustädter Kreise.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Juni.

Waren, gelb	5% Anat.Ob.	87,60	87,60
Juni	233,20	233,00	91,80
Sept.-Oktibr	210,70	209,70	92,00
Rogen		4% russ. A.80	98,80
Juni	210,20	211,50	46,10
Sept.-Oktibr	192,70	191,70	47,00
Petroleum per 1000 qd	22,80	22,80	124,00
Loco	22,80	22,80	164,40
Dist.-Com.	182,20	182,20	152,00
Rüböl	60,20	60,40	120,00
Juni	60,20	60,50	174,50
Sept.-Oktibr	50,70	50,40	241,10
Spiritus	50,70	50,40	240,50
Gas	48,70	48,40	20,44
4% Reichs-A.	106,10	106,10	18,50
3½% do.	98,90	98,90	18,50
3% do.	85,75	85,75	17,50
4% Confuls	105,60	105,60	18,50
3½% do.	99,10	99,10	135,10
3% do.	85,70	85,70	129,00
3½% westpr.	96,00		

Neue Synagoge.

Wochenfest, Gottesdienst.
Donnerstag, den 11. Juni cr.
Abends 7½ Uhr.
Freitag, den 12. Juni cr.
Morgens 8½ Uhr, Predigt 10 Uhr.
Freitag, 12. Juni cr.
Abends 7½ Uhr.
Gonnabend, den 13. Juni cr.
Morgens 8½ Uhr.
Predigt und Gesangsdächtin-
feier 10 Uhr.
Mit Beginn der Predigt
werden die inneren Thüren ge-
schlossen. (1239)

An den Wochentagen:
Abends 7½ Uhr, Morg. 6½ Uhr.

Den gestern Abend 9 Uhr
erfolgten Tod meiner lieben
Schwester, unserer guten
Tante und Großtante, des
Fräulein

Laura Mathilde

Hoppenrath

im 74. Lebensjahr zeigten
sie betrübt an
Danzig, d. 10. Juni 1891.

Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet
Sonntag, d. 14. d. Mts.,
Mittags 12 Uhr, a. d. alt. hl.
Leichnamkirche von der
Leichenhalle des aus statt.

Dampfer Rembrand,

von Amsterdam eingetroffen,
löst am Nachtf. Inhaber der Originalconnosse-
menten über Güter vom Mittel-
meer ex D. Mercurius wollen
sich melden bei (1236)

Ferdinand Prowe.

Nach St. Petersburg
wird expediert ca. 13./15. Juni cr.

Hela S.S.

Güteranmeldungen erbitten

Danziger & Sköllin.

Die Erneuerung der Loope für

4. Klasse

184. Königl. Preuß. Lotterie
hat bei Verlust des Anrechts bis
zum 12. Juni cr.

Abends 6 Uhr.

planmäßig zu erfolgen.

G. Brinckman,

Königl. Lotterie-Ginnehmer.

Loope zur Int. Kunst-Ausstellung
Berlin a 1 M.

zur Wormser Dombau-Gel-

lotterie a 3 M. 50 £ in der

Expedition d. Danziger Zeitung.

Loope zur Wormser Dombau-

Gelbutterie a M. 3,50.

Loope zur Berliner Kunstaus-

stellung-Lotterie a M. 1.

Loope zur Weimarischen Kunsta-

Ausstellungs-Lotterie a M. 1.

Loope zur Kölner Ausstellungs-

Lotterie a M. 1.

Loope zur Eisenherren Kreuz-Lot-

terie a M. 1 bei

Th. Berlinga, Gerbergasse Nr. 2.

Norddeutsche Feuerversicherungs-

Gesellschaft.

Zum Abschluss von Feuerver-

sicherungen gegen seite billige

Premien empfiehlt sich (1237)

die Generalagentur Danzig,

Poggendorf 22/23.

C. Lasswitz.

Wunderbar ist der Erfolg.

Sommerprosperität, unreiner Leint-

fleck etc. verschwinden un-

bedingt beim täglichen Gebrauch

von Bergmann's Littenthal-

Seife von Bergmann & Co. in

Dresden. Vorläufig a St. 50 £

bei Apoth. Kornstädt, Rath-

Apoth. u. Apotheker Kohlseder,

Apoth. Langgarten, Apotheker

Frommel in Zoppot. (6212)

G. Böttcher,

Portekaisengasse 1

empfiehlt

Elegante Damen-

Corsets

zu sehr billigen, festen

Preisen. (794)

Garten-Aulagen

jeder Art und Größe, ent-

wirkt und führt aus, auch

einschließlich der Lieferung

des gesammten Pflanzen-

materials (6251)

Georg Schnibbe, Danzig.

Gehlsmühler Weg 3—6.

(Gartenbautelefon „Neu-

schottland“.)

Preis-Derjeckdrücke meiner

Handelsgärtnerin, Baum-

schule u. Saamenhandlung,

Stehen kostenfr. z. Diensten.

Feinste englische

Matjes-Heringe,

frische Malta-Sartoffeln,

empfiehlt neu Gelingen

Max Lindenblatt,

Heilige Geistgasse 131.

Isländische Matjes-Heringe,

nur die feinsten a St. 10 £.

3 St. nur 25 £, fr. del. Caviar,

v. 100 g. 100 g. 100 g. 100 g.

v. 100 g. 100 g. 100 g. 100 g.

Gehnäpfle, v. 100 g. 100 g. 100 g.

Lachm. Tob. 25 u. Hausth. 7.

Neue engl. Matjesheringe,

St. v. 5 £ an. 2 St. 10. 20. 25.

£. Schok. heb. bill. zu haben bei

z. T. 100 g. 100 g. 100 g. 100 g.

Heringshandlung. (1233)



Westpreussischer Fischerei-Verein.

Einladung.

Sämmliche Mitglieder des Westpr. Fischerei-Vereins werden hiermit zu der

Gonnabend, den 13. Juni d. J.,

Vormittags 10½ Uhr,

im Landeshause hier selbst stattfindenden

General-Versammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl der Vorstandmitglieder.
2. Geschäftsbuch und geschäftliche Mittheilungen.
3. Vorlegung des Rechnungsaufschlusses pro 1890/91.
4. Gesetzberatung pro 1890/91.
5. Freie Beprüfung über hervorgetretene Mängel und Missstände bei der Verwendung von Zuschifflichen, Fischbr. Abrisken u. s. w.

Es werden besonders die geehrten Mitglieder, welche Gründungs-Mitglieder sind, sowie die Herren Vertreter der Corporationen um recht zahlreiches Erscheinen ergehn, um bei Besprechung des Punktes 5 der Tagesordnung Information und Rat für ein geeignetes Vorgehen zu erhalten.

Nach Schluss der Generalversammlung: Nachmittags 2 Uhr: Dampfersahrt in die Danziger Bucht und eventl. nach Hela. Abfahrt vom Johannishofe.

Um ungefähr wegen der Dampfer disponieren zu können, werden die geehrten Mitglieder ergeben gebeten, die Zahl der Teilnehmer ihmichtlich um 12. Juni cr. im Comtoir der Actien-gesellschaft „Weichsel“, Hell. Geistgasse 84, oder bei dem Vorsteheren anzuzeigen.

Damen und Gäste willkommen. Restauration an Bord.

In Wellerplatte und Zoppot wird gehalten.

Der Preis richtet sich nach der Anzahl der Teilnehmer und dürfte 1 M pro Person nicht übersteigen.

Danzig, den 5. Juni 1891. (1253)

Der Vorstand.

Seebad und Kurort Westerplatte.

Donnerstag, den 11. Juni, wird die Abtheilung für
Kohlenfäurehaltige Stahl-Soolbäder

Patent W. Lippert

im Warmbade eröffnet.

Bekanntlich enthalten die Lippert'schen Bäder ungewöhnlich das
richtige Quantum gebundener Kohlenfäure im Vergleiche zu dem
in natürlichen Bädern wie Rüssingen u. a. sich befindenden und sie
deshalb mit den in anderen Badeanstalten öfters verabreichten
als kohlenfäre Bäder bezeichneten nicht zu vergleichen, da in den
Letzteren der größte Theil der dem Bader Wasser in der Wanne selbst
zugesetzter oder in derselben auf chemischem Wege erzeugten Kohlen-
fäure rasch entweicht, während die nach dem Patente des Herrn
Lippert in gasförmigem Zustande erzeugte Kohlenfäure in den
Metz-Apparaten mit dem mit Salen vermittelten Baderwasser
verbunden es in die Wanne eingetaucht wird, daß sie während des Badens
fast garantiert entweicht, sondern sogar noch einige Stunden später
im Mineralbad zu spüren ist.

Die Bäder haben sich auch in der vorigen Saison namentlich
bei folgenden Krankheiten sehr wirksam gezeigt:

Rheumatismus und Gicht, Nervenleiden,
Blutarmuth und Bleichsucht, Unterleibs-
leiden, Isthias, allgemeinen Schwäche-
zuständen.

Alleine der ersten Aerzte Danzigs und der Provinz über die die
Güte der Bäder, sowie Berichte von Patienten über die günstige
Wirkung der Cur liegen im Bureau der unterzeichneten Gesellschaft
und im Warmbade, ebenso das Baderjournal.

Der Preis eines kohlenfärenhaltigen Stahl-Soolbades beträgt
wie bisher nur M 2.—

Bestellungen werden außer im Warmbade, wo Billette verkauft
werden, auch im Bureau der unterzeichneten Gesellschaft in der Zeit
von 8½ bis 9½ Uhr Vormittags entgegenommen.

Im Warmbade befindet sich eine Lesehalle und eine

Trinkanstalt für Kurbrunnen.

Für die Dauer der Cur wie für die erste und zweite Saison
finden im Logirhause und in den Häusern der Gesellschaft noch
mäßliche Wohnungen und einzelne Zimmer preiswert zu ver-
mieten.

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und
Seebad Actien-Gesellschaft.

Alexander Gibson.

Bureau: Heilige Geistgasse Nr. 84. (1285)

Kunstgewerbliche Weihnachtsmesse

des Vereins „Frauenwohl“ zu Danzig.

Der Verein „Frauenwohl“ beabsichtigt im Dezember d. J.
eine kunstgewerbliche Messe zu veranstalten; Auskunft und Be-
dingungen sind gegen Einlieferung des Portos zu haben bei:

Frau Dr. M. Heidb. z. J. Zoppot, Villa Miramora.

Frau Bednark, Danzig, Hl. Geistgasse 47 (Sprechst. 2—4 Uhr).

Frl. Elisabeth Golzer, Döpvensgasse 65 (Sprechst. 11—1 Uhr).

Der Vorstand. (1241)

Abgelagerten Büffalk, Portland-Cement,
sowie sämliche

Baumaterialien

offerirt

W. Kraemer, Burgstraße Nr. 5 u. 18.

Pestellungen auf Grund- u. Anfuhr und Schutt-Ab-
fuhr werden pünktlich ausgeführt.

(1270)

Zu Bauzwecken.

Eisenbahnschienen, Träger.

Größtes Lager.

Größte Preise.

S. A. Hoch, Danzig, Johannisgasse 29.

Allen Liebhabern von
altem fetten

Werderkäse